

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Nutzungsausschluss gemäß § 9 Abs. 2a BauGB

Gemäß § 9 Abs. 2a BauGB wird mit dem Ziel der Erhaltung und Entwicklung des zentralen Versorgungsbezirks „Hauptzentrum“ der Stadt Gronau festgesetzt, dass im Geltungsbereich des Bebauungsplanes folgende Unterarten von Vergnügungstätten und Einzelhandelsbetrieben nicht zulässig sind:

- (1) Spiel- und Automatenhallen
- (2) Nachtlokale jeglicher Art, Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist,
- (3) Wettbüros,
- (4) Swinger-Clubs sowie
- (5) Einzelhandelsbetriebe mit Hauptsortiment Erotikartikel (Sex-Shops / Erotik-Fachmärkte).

HINWEISE

1) Im Übrigen richtet sich die Zulässigkeit von Vorhaben nach § 34 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile).

2) Wenn im Zuge von Baumaßnahmen Bodendenkmäler offenbar werden, greift unmittelbar die Verpflichtung des § 16 DSchG NRW, wonach solche Funde zu melden und unverändert zu belassen sind.

Nach Aussage des LWL-Archäologie für Westfalen betrifft der Bebauungsplan einen Teil des älteren Stadtkerns von Gronau, der sich nördlich des 1365 zuerst erwähnten Schlosses entwickelt hat und mit Gräben befestigt war.

Um Aufschluss über Alter und Struktur der Besiedlung des Bereichs nördlich der Neustraße zu erhalten, ist bei Bodeneingriffen im Bereich der St. Antonius-Kirche einschließlich den westlich angrenzenden Flächen (Neustraße 1-11) der LWL-Archäologie für Westfalen vier Wochen vor Baubeginn zu benachrichtigen, damit eine baubegleitende Untersuchung eingeplant werden kann.

ERMÄCHTIGUNGSGRUNDLAGEN

1. Baugesetzbuch (BauGB), in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

2. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466).

3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58).

4. Bauordnung für das Land Nordrhein - Westfalen (Landesbauordnung - BauO NRW), in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 2000 (GV. NRW. S. 256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Oktober 2008 (GV. NRW S. 644)

5. Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV NRW S.950)

6. Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung – BekanntmVO) vom 26. August 1999 (GV NRW S. 516), zuletzt geändert durch VO vom 05.08.2009 (GV NRW S.442); berichtigt durch GV NRW 2009 S.481

7. Hauptsatzung der Stadt Gronau (Westf.) vom 28. Dezember 2010, in der Fassung vom 19. April 2011

VERFAHRENSVERMERKE

Der Rat der Stadt Gronau hat in seiner Sitzung am 26.01.2011 gemäß § 1 Abs. 3 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans im Sinne des § 30 BauGB beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 01.02.2011 ortsüblich bekannt gemacht.

Gronau, den 29.04.2011

Der Bürgermeister
Im Auftrage:

(Unterschrift)

Der Rat der Stadt Gronau hat in seiner Sitzung am 26.01.2011 dem Entwurf des Bebauungsplans zugestimmt und seine öffentliche Auslegung sowie die Beteiligung der Behörden beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung gemäß § 13 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB wurden am 01.02.2011 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplans hat mit der dazugehörigen Begründung vom 09.02.2011 bis einschließlich 09.03.2011 öffentlich ausgelegen.

Die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB hat vom 04.02.2011 bis einschließlich 09.03.2011 stattgefunden.

Gronau, den 29.04.2011

Der Bürgermeister

(Unterschrift)

Der Rat der Stadt Gronau hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 13.04.2011 nach Prüfung der fristgerecht vorgebrachten Stellungnahmen gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt.

Gronau, den 29.04.2011

Der Bürgermeister

(Unterschrift)

Der Bebauungsplan ist mit der Bekanntmachung vom 13.04.2011 gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft getreten.

Der Bebauungsplan kann mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB bei der Stadt Gronau während der Öffnungszeiten ab dem 13.04.2011 eingesehen werden.

Gronau, den

Der Bürgermeister

(Unterschrift)

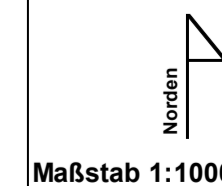
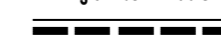


**Bebauungsplan Nr. 154
Neustraße / Döhrmannplatz**

Textliche Festsetzungen gem. § 9 Abs. 2a BauGB; vereinfachtes Verfahren gem. § 13 BauGB

**RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH
DES BEBAUUNGSPLANES**

§ 9 Abs. 7 BauGB



Maßstab 1:1000

Datum	gezeichnet	Planverfasser	Verfahrensstand
16.08.2010	D. Hetrodt	D. Hetrodt	Bebauungsplan zur Bürgerbeteiligung/TÖB
Stadt Gronau - Fachdienst 461 - Stadtplanung Konrad - Adenauer - Straße Nr. 1, 48599 Gronau (Westf.)			